

Mag.^a Gisela Wurm und Petra Bayr
Abgeordnete zum Nationalrat

An den
Präsidenten des Nationalrates
Herrn Univ. Prof. Dr. Andreas Kohl
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
A – 1017 Wien

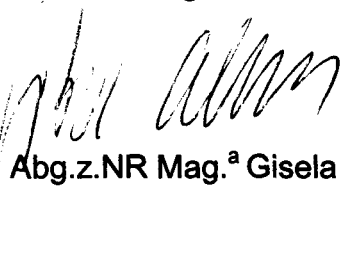
Wien, am 21. Dezember 2005

Petition betreffend die politischen Ereignisse in Äthiopien

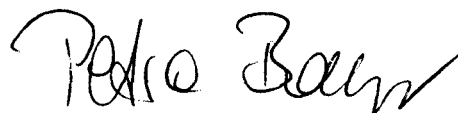
Sehr geehrter Herr Präsident!

Die unterfertigten Abgeordneten übereichen im Sinne des § 100 Abs. 1 Ziffer 1 GOG des Nationalrates nachstehende Petition betreffend „die politischen Ereignisse in Äthiopien“ mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Hochachtungsvoll



Abg.z.NR Mag.^a Gisela Wurm



Abg.z.NR Petra Bayr

Anlage: Petition

Petition

betreffend die

Politischen Ereignisse in Äthiopien

Die hier in Österreich lebenden gebürtigen ÄthiopierInnen sehen die aktuelle Situation in Äthiopien mit großer Besorgnis. Am 15. Mai 2005 fanden in Äthiopien Parlamentswahlen statt. Internationale Beobachter stellten bei dieser Wahl zahlreiche Unregelmäßigkeiten fest (APA 569, vom 2. 11. 2005). Die Regierung unter Ministerpräsident Meles Zenawi zögerte zunächst wochenlang die Bekanntgabe der Ergebnisse hinaus. Danach gestand sie der Opposition zwar Stimmengewinne zu, erklärte sich aber dennoch mit 60 Prozent der Stimmen zum Sieger. Die Opposition wirft der Regierung unter Ministerpräsident Meles Zenawi Wahlbetrug vor. In Addis Abeba kam es seither zu anhaltenden Protesten.

Die Ereignisse vom 6. Juni 2005, als die Regierung von Meles Zenawi auf friedlich Demonstrierende das Feuer eröffnen ließ und 46 Tote und hunderte Verletzte zu beklagen waren, sind noch in frischer Erinnerung. Die in den folgenden Tagen eingeleitete Säuberungsaktion, welche zur Festnahme von mehr als 4000 AnhängerInnen und FührerInnen der Opposition führte, ist ein Hinweis darauf, mit welcher Brutalität das Regime gegen jede Opposition vorzugehen gewillt ist.

In den letzten Wochen und Monaten wurden von Meles Zenawi über die unter seiner Kontrolle stehenden staatlichen Radio- und Fernsehsender Drohungen gegen die Bevölkerung und gegen die Opposition gesendet.

Seit 1. November 2005 wurden wieder über 50 Menschen, die sich gegen die Verhaftung von TaxifahrerInnen einsetzten, welche durch Hupen ihrem friedlichen Protest Ausdruck verleihen wollten, Studierende und friedliche DemonstrantInnen erschossen und über 20 000 Personen sind in Haft. Der Großteil der Häftlinge ist an einem unbekanntem Ort inhaftiert. Das bedeutet, dass keine Besuche möglich sind und keine medizinische Versorgung gewährleistet ist.

Die Europäische Union, die USA und die Afrikanische Union haben die Regierung von Meles Zenawi mehrmals zu Zurückhaltung aufgefordert. Javier Solana bekräftigte in einer Stellungnahme Anfang November, die EU sei zutiefst besorgt über die Unruhen in Äthiopien. Er kritisierte die Verhaftung von Oppositionspolitikern und die „übermäßige Gewaltanwendung“ der Sicherheitskräfte bei der Niederschlagung von Demonstrationen. Massive Kritik an der Inhaftierung führender CUD-Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft wurde auch in einer gemeinsamen Erklärung der EU und USA vom 6. November 2005 geübt. Das Europäische Parlament hatte schon davor in einer Resolution die Regierung Äthiopiens dazu aufgefordert, der Verfolgung und Einschüchterung der Oppositionsparteien ein Ende zu setzen und diejenigen, die sich noch immer in Haft befinden, unverzüglich freizulassen.

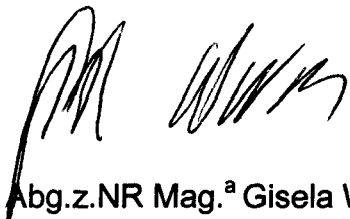
Die Verhaftung aller OppositionsführerInnen der Coalition for Unity and Democracy (CUD) am 1. November 2005, die als ein Versuch zur Zerschlagung der Opposition zu bewerten ist, kann von der EU und ihren Mitgliedstaaten nicht akzeptiert werden.

Die unterzeichnenden Abgeordneten fordern daher die EU und insbesondere die österreichische Bundesregierung auf, wachsam zu bleiben, insbesondere was die Achtung der internationalen Menschenrechtsgrundsätze betrifft, und den Demokratisierungsprozess in Äthiopien weiter zu unterstützen.

Wir appellieren daher an die Mitglieder der österreichischen Regierung dafür einzutreten, dass

- alle politischen Gefangenen freigelassen werden;
- die Regierung unter Ministerpräsident Meles Zenawi die Grundprinzipien der Verfassung achtet, insbesondere die Grundfreiheiten und die Menschenrechte;
- die Verantwortlichen für die Ermordung der friedlichen DemonstrantInnen vor Gericht gestellt;
- die Rechte der Opposition von der Regierung und der Regierungspartei in vollem Umfang gewahrt werden
- der Verfolgung und Einschüchterung der Vertreter der Oppositionsparteien ein Ende gesetzt wird und dass diejenigen, die sich noch immer in Haft befinden, unverzüglich freigelassen werden;
- die Wahlbehörde restrukturiert wird und unabhängig arbeiten kann;
- die Regierung unter Ministerpräsident Meles Zenawi und die Vertreter der politischen Parteien den am 2. Oktober von der Regierungspartei abgebrochenen Dialog wieder aufnehmen und daran arbeiten, dass die Mehrparteiendemokratie zu funktionieren beginnen kann
- und sich dabei auch über den Inhalt eines Verhaltenskodexes für freie und unabhängige Medien verständigen.

Wir ersuchen daher um Unterstützung dieses Anliegens und um geschäftsordnungsmäßige Behandlung



Abg.z.NR Mag.^a Gisela Wurm



Abg.z.NR Petra Bayr